

Vorab per Fax an 030-2000-1999

Persönlich

**Herrn Joachim Gauck
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 10.04.2013

in Kopie an
**Präsident des Bundesverfassungsgerichtes
Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen**

Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden **2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12** (Kapitel 27
in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und
25.01.2012 ff.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Für die Antwort vom 04.04.2013, die Sie mir durch Ihren Referatsleiter
Verfassung und Recht haben zusenden lassen, möchte der Unterzeichner sich
gerne bedanken. Sein Schreiben vom 12.03.2013, auf das diese Antwort Bezug
nimmt, hat er bereits mit weiteren Kapiteln im Schreiben vom 28.03.2013
verdeutlicht:

01. Bundespräsident kann Zeichen setzen

**02. Wertvolle Jahre geraubt, 26 wertvolle Jahre sind
ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für
Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung**

**03. UMTS-Auktion 2000: Missbrauch des Regulierungsrechtes,
Justizirrtum am Bundesverfassungsgericht bei der Bewertung mehrerer
Verfassungsbeschwerden hinsichtlich Annahme zur Entscheidung bzw.
Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts durch Nicht-Annahme zur
Entscheidung ohne Begründung trotz Anhörungsrüge mit Hinweisen auf
den Justizirrtum ...**

**04. Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13**

05. Beschwerdeführer: Opfer und Erbe unbewältigter NAZI-Vergangenheit in Bayern (Landkreis Tirschenreuth)
Unbewältigte NS/NAZI-Vergangenheit steht im Brennpunkt der über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd eines unerträglichen Verwaltungs- und Justizskandals mit tödlichem Ausgang

06. Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12 des verstorbenen Bruders

Detaillierte Ausführungen zu diesen Kapiteln: Siehe unser Schreiben vom 28.03.2013. Um Missverständnisse zu vermeiden, müssen wohl weitere Ausführungen mehr Verständnis bringen:

07. Antwortender Referatsleiter des Bundespräsidenten empfiehlt: Rat eines Vertreters der rechtsberatenden Berufe
Wir brauchen nicht den Rat, sondern Taten
26 wertvolle Jahre kann uns niemand ersetzen

08. Fataler Justizirrtum des Bundesverfassungsgerichtes offensichtlich, Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes durch die Bundesregierung offensichtlich (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13)

09. Vorwurf der unbewältigten NS/NAZI-Vergangenheit duldet keinen Aufschub: Hier kann der Bundespräsident mit seinen Erfahrungen zur Bewältigung der STASI-Vergangenheit wertvolle Kompetenz zeigen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12)

10. Rat eines Vertreters der rechtsberatenden Berufe: Wie soll er denn bezahlt werden?
Gegen eine Treib- und Hetzjagd auf den Unterzeichner mit laufenden Gerichtsverfahren hintereinander, parallel, durch alle Instanzen: siehe aktuelle Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13
Gegen ein festgefügtes NS/NAZI-Netzwerk der Nachfolgegeneration bis in höchste Stellen bayerischer Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz: siehe aktuelle Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12

11. 26 wertvolle Lebensjahre verloren:
Bundespräsident sollte endlich ein Zeichen setzen, Prägung des Amtes durch die Person des Bundespräsidenten

**Zu 07. Antwortender Referatsleiter des Bundespräsidenten empfiehlt:
Rat eines Vertreters der rechtsberatenden Berufe
Wir brauchen nicht den Rat, sondern Taten
26 wertvolle Jahre kann uns niemand ersetzen**

Mit verheerenden Folgewirkungen hat die UMTS-Auktion 2000 dem Unterzeichner, ihm und seiner Ehefrau, die **Existenz-Grundlage entzogen**. Sie hatten nicht den Hauch einer Chance. Der Unterzeichner hat sich diesen fatalen Auswirkungen eines katastrophalen Markteingriffs der deutschen Bundesregierung nicht entziehen können. Er hat nicht den Kampf im Wettbewerb der Marktwirtschaft verloren, sondern ist das

Opfer eines Markteingriffs der Bundesregierung mit massivem Missbrauch des Regulierungsrechtes geworden, ist das

Opfer der anschließenden Diskriminierung seiner Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum geworden, ist das

Opfer der Untätigkeit und Ignoranz des Deutschen Bundestags (mit Verfassungsbeschwerde gerügt, Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung) geworden, ist das

Opfer eines Justizirrtums am Bundesverfassungsgericht geworden, zu dem das Bundesverfassungsgericht trotz ausführlicher Informationen, trotz Anhörungsrüge, trotz des Angebots hochqualifizierter Zeugen und hochprofessioneller Beweisunterlagen, trotz mehrerer Verfassungsbeschwerden (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung) sich nicht äußern will.

Wertvolle Jahre geraubt, 26 wertvolle Jahre sind ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres 30-jährigen Lebenswerkes: Hier ist nicht der Rat eines Vertreters der rechtsberatenden Berufe, jetzt sind endlich Taten gefordert. 26 wertvolle Jahre kann ihnen niemand ersetzen. **Wie lange müssen sie noch warten?** Siehe Kapitel 2. Europäer und Banken, auch ohne Systemrelevanz, erhalten deutsche Solidarität. Deutsche Mitbürger, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland über ein Viertel Jahrhundert lang, erhalten **Null** Cent für den Entzug der Existenz-Grundlage unter Verantwortung des deutschen Staates. Schadenersatz und Rehabilitierung: Fehlanzeige. Das schlechteste Grundgesetz der Welt lässt so etwas nicht zu.

Zu 08. Fataler Justizirrtum des Bundesverfassungsgerichtes offensichtlich, Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes durch die Bundesregierung offensichtlich (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13)

Für den Unterzeichner ist es schwer vorstellbar, dass dem Bundesverfassungsgericht die Zusammenhänge zwischen dem Verbrauchermarkt und dem Innovationsmarkt nicht bekannt sind. Sollte dies der Fall sein, so empfehlen wir die Hinzuziehung eines hochqualifizierten Zeugen:

Prof. Dr.-Ing.habil. Dr.h.c.mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft und unser langjähriger Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in den 80er und 90er Jahren.

Totales Versagen deutscher Justiz ist zu beklagen, weil bis heute hochqualifizierte Zeugen und herausragende Beweisunterlagen für professionelle Weltklasse-Höchstleistungen des Unterzeichners nicht zugelassen wurden: Siehe Kapitel 3 der Verfassungsbeschwerde **2 BvR 397/13**, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Zu 09. Vorwurf der unbewältigten NS/NAZI-Vergangenheit duldet keinen Aufschub: Hier kann der Bundespräsident mit seinen besonderen Erfahrungen zur Bewältigung der STASI-Vergangenheit unterstützende Kompetenz zeigen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12)

Es ist längst an der Zeit, dass gerade **die verheerenden Folgewirkungen einer unbewältigten NS-Vergangenheit des nationalsozialistischen Unrechtsstaates** einer schnellstmöglichen Abhilfe zugeführt werden sollten, um weiteren Schaden zu vermeiden.

Der Vater des Verstorbenen und des Unterzeichners ist 1945 Opfer einer unbewältigten NAZI-Vergangenheit (Väter-Generation des NS-Netzwerkes in Bayern / Landkreis Tirschenreuth). Das regionale NS-Netzwerk wurde nach dem letzten Weltkrieg nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern durch Flüchtlinge aus dem benachbarten Sudetenland verstärkt.

Siehe auch Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12 (Kapitel 214 ff)

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/BVERFG-30.pdf>

Mit einer 8-Mann-Task-Force hat das Landratsamt Tirschenreuth im März 2012 zum finalen Schlag gegen eine kleine Qualitätsbäckerei seines Bruders ausgeholt. Unbewältigte NS-Vergangenheit ist der Hintergrund, über den das **Bundesverfassungsgericht** informiert ist und war. **Der Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichtes ist es zuzuschreiben**, dass der Bruder des Unterzeichners im Sommer 2012 keinen anderen Ausweg mehr gesehen hat als den **Freitod**.

Eine Qualitätsbäckerei mit Premium-Auszeichnungen, mit Damwild-Gehege und Wassertriebwerk zur Erzeugung CO²-freier, erneuerbaren Energien ist seit 2012 eine

Verwaltungsruine dank unbewältigter NS-Vergangenheit der Verwaltung: Wo bleibt der deutsche Rechtsstaat?

Der Freitod seines Bruders, Folge einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd soll nun ohne gerichtliche Klärung in den Akten verschwinden, weil der Unterzeichner als Erbe Nachlass-Insolvenz anmelden musste, um sich vor bayerischen Verwaltungsübergriffen zu schützen.

Er ist nun selbst auch noch **Opfer und Erbe unbewältigter NAZI-Vergangenheit** in Bayern (Landkreis Tirschenreuth) geworden.

**Zu 10. Rat eines Vertreters der rechtsberatenden Berufe:
Wie soll er denn bezahlt werden?**

Gegen eine Treib- und Hetzjagd auf den Unterzeichner mit laufenden Gerichtsverfahren hintereinander, parallel, durch alle Instanzen: siehe aktuelle Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13

Gegen ein festgefügtes NS/NAZI-Netzwerk der Nachfolgegeneration bis in höchste Stellen bayerischer Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz: siehe aktuelle Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12

Katastrophale Verluste durch Zerstörung der Existenz-Grundlage als verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 haben uns einen Schaden in 2-stelliger Millionen-Höhe zugefügt. Auflistung in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS-Schaden.pdf>

Der Unterzeichner / Geschädigter / Beklagter / Kläger kümmert sich, wie er wieder Zahlungsfähigkeit für Kranken- und Pflegeversicherung, für Rundfunkgebühren erreichen kann. Ohne Schadenersatz geht das nicht.

Der Unterzeichner / Geschädigter / Beklagter / Kläger kümmert sich, wie er sich gegen Missbrauch von Staatsgewalt wehren kann, gegen Zwangsmassnahmen (Gerichtsvollzieher, Haftbefehle, SCHUFA-Eintragungen), die von einem Richter mit laufendem Befangenheitsantrag und mit Nichtbeachtung einer Anhörungsrüge (Direktor des Amtsgerichtes Mettmann) veranlasst worden sind. Ein Bundesverfassungsgericht ist sich nicht bewusst, dass es für deutsche Justiz richtungsweisend ist. Nicht-Annahme einer Verfassungsbeschwerde ohne Begründung wird mit einer Verurteilung gleichgesetzt.

Gegen Rentner der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, denen ansehnliche Altersrücklagen mit einem staatlichen Markteingriff der Exzellenzklasse (UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag) rücksichtslos weggenommen wurden? Eine Lebenserfahrung der besonderen Art in einem sogenannten Rechtsstaat Deutschland!

Nach jahrelangen, intensiven, vergeblichen Bemühungen zur Wiederaufnahme unserer lebenslangen Arbeit mit herausragenden Arbeitsleistungen betreiben wir jetzt auf der Basis des Grundgesetzes die gerichtliche Durchsetzung unseres Rechtsanspruches auf Schadenersatz und Rehabilitierung.

Das Unrecht aus verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, aus massivem Missbrauch des Regulierungsrechtes, aus Diskriminierung von Weltklasse-Höchstleistungen, aus Justizirrtum, aus Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung hat Probleme geschaffen, die mit einer rechtstaatlichen Rechtsprechung endlich gelöst werden müssen.

Schnellstmöglich nach dem Verlust von **26 wertvollen Jahren, eines Viertel Jahrhunderts auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes.**

**Zu 11. 26 wertvolle Lebensjahre verloren:
Bundespräsident sollte endlich ein Zeichen setzen,
Prägung des Amtes durch die Person des Bundespräsidenten**

Aus der Homepage des Bundespräsidenten:

Der Bundespräsident ist das einzige Verfassungsorgan, das aus nur einer Person besteht. Die Persönlichkeit des Amtsinhabers prägt deshalb zwangsläufig die Amtsführung in besonderem Maße. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hat die bisherige Staatspraxis maßgeblichen Einfluss auf die heutige verfassungsrechtliche Stellung des Bundespräsidenten genommen. Auch wenn es keine Vorschrift im Grundgesetz gibt, die dem Bundespräsidenten politische Stellungnahmen verbietet, so hält sich das Staatsoberhaupt in aller Regel mit öffentlichen Äußerungen zu **tagespolitischen Fragen** zurück. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie **parteipolitisch umstritten** sind

Hier geht es jedoch um die Schiefelage eines Rechtsstaates Deutschland:

Das Unrecht
aus verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000,
aus massivem Missbrauch des Regulierungsrechtes,
aus Diskriminierung von Weltklasse-Höchstleistungen,
aus Justizirrtum des Bundesverfassungsgerichts,
aus Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung
hat Probleme geschaffen, die mit einer rechtstaatlichen Rechtsprechung endlich
gelöst werden müssen. Schnellstmöglich nach dem Verlust von
26 wertvollen Lebensjahren,
eines Viertel Jahrhunderts auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes.

Siehe Kapitel 04.

**Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13**

Das Unrecht aus
**verheerenden Folgewirkungen einer unbewältigten NS-/NAZI-Vergangenheit
des nationalsozialistischen Unrechtsstaates** mit tödlichem Ausgang im Monat
Juli 2012 ist unerträglich. Es ist ungeheuerlich, wenn diese Vorgänge in Bayern
unter dem Teppich gekehrt werden.

Siehe Kapitel 06.

**Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12 des verstorbenen
Bruders**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Ist es möglich, Ihre persönliche Antwort zu erhalten?

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Das Schreiben ist im Interesse einer besseren Handhabung der Internet-Cloud auch abrufbar mit Klick auf

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Mit Schreiben vom 12.03.2013 zugesandt:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13 (AR 339/13),
auch in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12

auch in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/BVERFG-30.pdf>

Vorab per Fax an 030-2000-1999

Persönlich

**Herrn Joachim Gauck
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 28.03.2013

in Kopie an

**Präsident des Bundesverfassungsgerichtes,
Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen.**

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden **2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12**
(Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom
15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Bundespräsident **Johannes Rau** hat mit einer Ansprache als Schirmherr
unsere Congressmesse KOMMTECH 1988 (als Ministerpräsident von
Nordrhein-Westfalen) eröffnet, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

Bundespräsident **Horst Köhler** wurde von uns am 25.05.2010 angeschrieben mit
"Wir klagen an". Unmittelbar danach hat er seinen Rücktritt erklärt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Bundespräsident **Christian Wulff** wurde von uns im Juli 2010 mit demselben
Anliegen angeschrieben, ohne irgendeine Hilfe oder einen Nutzen zu
ungeheuerlichen Vorgängen zu erfahren, die wir im Rahmen einer mehrjährigen
Petition an den Deutschen Bundestag aufwendig dargestellt haben:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

In Ergänzung zum Schreiben vom 12.03.2013 möchte der Unterzeichner mit weiteren Kapiteln informieren:

01. Bundespräsident kann Zeichen setzen

02. Wertvolle Jahre geraubt, 26 wertvolle Jahre sind ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung

03. UMTS-Auktion 2000: Missbrauch des Regulierungsrechtes, Justizirrtum am Bundesverfassungsgericht bei der Bewertung mehrerer Verfassungsbeschwerden hinsichtlich Annahme zur Entscheidung bzw. Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts durch Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung trotz Anhörungsrüge mit Hinweisen auf den Justizirrtum ...

**04. Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13**

**05. Beschwerdeführer: Opfer und Erbe unbewältigter NAZI-Vergangenheit in Bayern (Landkreis Tirschenreuth)
Unbewältigte NS/NAZI-Vergangenheit steht im Brennpunkt der über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd eines unerträglichen Verwaltungs- und Justizskandals mit tödlichem Ausgang**

**06. Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12 des verstorbenen Bruders**

Das Schreiben ist im Interesse einer besseren Handhabung der Internet-Cloud auch abrufbar mit Klick auf

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Zu 01. Bundespräsident kann Zeichen setzen

Mit unserem Brief vom 12.03.2013 haben wir Sie darum **gebeten**, Zeuge zu sein zu ungeheuerlichen Vorgängen in der deutschen Justiz unter Verantwortung des Bundesverfassungsgerichts. **Weiterhin haben wir Sie darum gebeten**, selbst einen Blick in unsere Verfassungsbeschwerde zu werfen und eine Überprüfung zu veranlassen. Hervorragendes Beweismaterial wie z.B. unser Congressband-Archiv und hochqualifizierte Zeugenaussagen z.B. von unseren ehemaligen Congressleitern, Beiratsvorsitzenden, Träger des Deutschen Zukunftspreises (Preis des Bundespräsidenten für Technik und Innovation), nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

> > > <http://www.euro-online.de/sprecher.htm>

Ein Bundespräsident kann Zeichen setzen und beispielsweise die Lebensleistungen der Beschwerdeführer (Unterzeichner und Ehefrau) überprüfen lassen und entsprechend würdigen.

Zu 02. Wertvolle Jahre geraubt, 26 wertvolle Jahre sind ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung

Am 20.März 2013 hat die deutsche Presse über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts berichtet, mit der das Vollzugsdefizit vor allem bei Strafprozessen als verfassungswidrig verurteilt wird. Ein betroffener Polizist hat darüber geklagt, dass er wertvolle Jahre seines Lebens verloren hat. Er wurde in diesem Zusammenhang in 2011, also vor ca. **2 Jahren**, aus dem Polizeidienst entlassen. Die Polizeibehörde wird nun hoffentlich Anstrengungen einer ausgleichenden Gerechtigkeit unternehmen.

Die Beschwerdeführer beklagen verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, mit der Ihnen die **Existenz-Grundlage entzogen wurde**, totale Diskriminierung eines 30-jährigen Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, sodass sie den Verlust aller Altersrücklagen hinnehmen mussten trotz ihrer ausgewiesenen Lebensleistungen.

Missbrauch des Regulierungsrechtes, Justizirrtum am Bundesverfassungsgericht bei der Bewertung mehrerer Verfassungsbeschwerden hinsichtlich Annahme zur Entscheidung bzw. Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts durch Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung trotz Anhörungsrüge mit Hinweisen auf den Justizirrtum ...

Seit der UMTS-Auktion 2000 sind 13 Jahre vergangen, für den Unterzeichner und seiner Ehefrau sind es 2x13, 26 wertvolle Jahre, ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum darüber hinaus mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung:
Nur ein deutscher Unrechtsstaat kann das.

Zu 03. UMTS-Auktion 2000: Missbrauch des Regulierungsrechtes, Justizirrtum am Bundesverfassungsgericht bei der Bewertung mehrerer Verfassungsbeschwerden hinsichtlich Annahme zur Entscheidung bzw. Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts durch Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung trotz Anhörungsrüge mit Hinweisen auf den Justizirrtum ...

Das Rechtsstaatsprinzip basiert auf Art.20 Abs.3 GG: "Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden". Die Praxis der Rechtsprechung sieht entsprechend den Erfahrungen der Beschwerdeführer ganz anders aus: Selbst an Landgerichten erfolgt die Rechtsprechung nur nach Gesetz (Scheuklappen-Justiz, die Grundrechte nicht sehen will) und an Amtsgerichten wird das Recht gebeugt, was das Zeug hält. Missbrauch von Staatsgewalt ist für Amtsgerichte kein Problem.

Der Innovationsmarkt der ITK-Branche ist international aufgestellt und kann schon gar nicht durch ein nationales Regulierungsgesetz (Telekommunikationsgesetz) reguliert werden. Der nationale Innovationsmarkt kann höchstens zerstört werden. Dies ist mit der UMTS-Auktion 2000 geschehen. Die Versteigerung der Funkfrequenzen, ein mögliches Regulierungsinstrument für den Verbrauchermarkt, hat den nationalen Innovationsmarkt gründlichst zerstört. Innovationswachstum der ITK-Branche ist nach der UMTS-Auktion 2000 ausgewandert, Agenda 2010 ist eingewandert.

UMTS (LTE ist Weiterentwicklung) ist der Standard für das mobile Internet.

Das Regulierungsrecht und ein entsprechendes Regulierungsgesetz (Telekommunikationsgesetz) sind auf den nationalen Verbrauchermarkt fokussiert. Im Verbrauchermarkt treffen Anbieter (z.B. Netzbetreiber, Diensteanbieter) und Verbraucher (Endbenutzer der Telekommunikation) aufeinander. Es ist ein **Missbrauch des Regulierungsrechtes**, wenn mit der Regulierung der Innovationsmarkt zerstört wird.

Regulierungsrecht des deutschen Staates ist auf den Verbrauchermarkt fokussiert und hat keine Berechtigung im Innovationsmarkt. Die weltweit herausragenden Congressmessen des Beschwerdeführers haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche dominiert. Die Congressmessen mit dominanter Bedeutung der Congresse haben **nicht den Verbraucher**, sondern Entscheidungsträger und Multiplikatoren für innovative Ideen, innovative Konzepte und innovative Entwicklungen, bezogen auf die ITK-Branche, kurz den **Innovationsmarkt der ITK-Branche** adressiert: Siehe Kapitel 17 ff der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13.

Zu 04. Schläge in das Antlitz der Justitia gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13

⊗ **Entzug der Existenz-Grundlage mit katastrophalen Vermögensschäden** durch verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Diskriminierung in den Folgejahren trotz Weltklasse-Höchstleistungen in den vorhergehenden 30 Jahren

⊗ **Missbrauch des Regulierungsrechtes** (Verbrauchermarkt) durch Zerstörung des Innovationsmarktes: Unternehmens-Genozid der Innovationselite der ITK-Branche durch UMTS-Auktion 2000

⊗ **Opfer der UMTS-Auktion 2000 werden zum Opfer eines Justizirrtums am Bundesverfassungsgericht** bei der Bewertung der Verfassungsbeschwerde: Unrechtsverfahren mit Justizirrtum und Nichtannahme zur Entscheidung bei der Bewertung der Verfassungsbeschwerden 1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11 abgesegnet

Justizirrtum hat zur Nichtannahme zur Entscheidung bei der Bewertung der Verfassungsbeschwerden 1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11 geführt. Die Fortsetzung der Verfahren vor dem zuständigen Verwaltungsgericht (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung) und dem zuständigen Zivilgericht (Versteigerung des Geschäftshauses) wurde dadurch de facto verwehrt, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

⊗ **Missbrauch des Petitions-Grundrechtes** durch den Deutschen Bundestag: Petition Pet 1-17-09-703-005442 an den Deutschen Bundestag (Art. 17 GG), ausführliche Begründung mit über 53 Kapiteln, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

⊗ **Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10** wegen erbärmlichen Missbrauchs des Petitionsgrundrechtes durch den Deutschen Bundestag: Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung ohne Begründung, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

⊗ **Vom Justiz-Irrtum zum Justiz-Skandal?** (Schriftsatz vom 11.03.2013 an das Bundesverfassungsgericht, Kapitel 23-28)

Treib- und Hetzjagd des Sozialstaates auf die Person des Beschwerdeführers im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Vorwürfe an ein tatenloses Bundesverfassungsgericht, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

⊗ **UMTS-GAU: Millionenfache, katastrophale Verluste**

durch Zerstörung der Existenz-Grundlage als verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, durch Mißbrauch des Regulierungsrechtes, durch Justizirrtum ... nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS-Schaden.pdf>

⊗ **UMTS-GAU: Anhörungsresistente Justiz eröffnet die Jagd wegen Verlust der sozialen Leistungsfähigkeit:**

Ordnungswidrigkeits- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht Mettmann wegen Unfähigkeit, monatliche Pflegeversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Zivilgerichtliches Verfahren vor dem Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Unfähigkeit, monatliche Krankenversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf>

Sozialgerichtliches Verfahren vor dem Sozialgericht Düsseldorf wegen Unfähigkeit, monatliche Pflegeversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

⊗ **Haftbefehl gegen den Beschwerdeführer und SCHUFA-Eintragung vom Direktor des Amtsgerichtes Mettmann**

mit Missachtung einer Anhörungsrüge und mit laufendem Befangenheitsantrag, mit ständiger Missachtung eines Berufungsantrags an das zuständige Landgericht Wuppertal (33 OWi-923 Js 1396/12-12/13, 33 OWi-523 Js 2043/11-2/12, 26 Qs-523 Js 2043/11-178/12 (26 Qs 178/12 abgewandelt))

⊗ **Haftbefehl gegen den Beschwerdeführer** durch die Stadt Velbert trotz der laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13

⊗ **Scheuklappen-Justiz & Handschellen-Justiz:** Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totale Diskriminierung in den Folgejahren trotz Weltklasse-Höchstleistungen in den vorhergehenden 30 Jahren: Nicht sehen wollen, nicht hören wollen, nicht wissen wollen !

⊗ **Wertvolle Jahre geraubt, 26 wertvolle Jahre verloren, dies ist ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes** mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung, mit Missbrauch des Regulierungsrechtes, mit Justizirrtum am Bundesverfassungsgericht trotz Anhörungsrüge, mit Scheuklappen-Justiz, mit Handschellen-Justiz, mit Rechtsbeugung durch Amtsgerichte, was das Zeug hält!

**Zu 05. Beschwerdeführer: Opfer und Erbe unbewältigter NAZI-Vergangenheit in Bayern (Landkreis Tirschenreuth)
Unbewältigte NS/NAZI-Vergangenheit steht im Brennpunkt der über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd eines unerträglichen Verwaltungs- und Justizskandals mit tödlichem Ausgang**

Der Beschwerdeführer (Unterzeichner) ist während des 2. Weltkriegs (1941) in Themenreuth, Landkreis Tirschenreuth in direkter Nachbarschaft zum Sudetenland geboren. Kurzer Lebenslauf in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Lebenslauf.pdf>

Eine unbewältigte NS/NAZI-Vergangenheit steht im Brennpunkt der über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd eines unerträglichen Verwaltungsskandals mit tödlichem Ausgang

Gerade deutsche Gerichte sollten besonders sensibilisiert sein und hellhörig werden, wenn unter der Spitze eines Eisbergs in einem Verwaltungs-, Lebensmittel- und Justizskandal **unbewältigte NS- und NAZI-Vergangenheit** zum Vorschein kommt.

Seit den 90er Jahren wehrte sich der verstorbene Bruder des Unterzeichners vergeblich dagegen, dass auf seinem Hofgrundstück eine Pumpwerksanlage des regionalen Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb mit bestialischem Gestank bei stunden- und tagelangen Störfällen in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich betrieben wird. Die Errichtung der Pumpwerksanlage wurde mit heimlicher Manipulation der Grundstücksrechte des Beschwerdeführers, mit Unterstützung vor allem der Verwaltungsgerichte, rücksichtslos mit brachialer Gewalt durchgesetzt.

Der verstorbene Beschwerdeführer hat durch Vorlage eines amtlichen Katasterauszeuges aus dem Jahre 1999 seine Grundstücksrechte nachgewiesen. Der amtliche Auszug aus dem Katasterkartenwerk vom 26.07.1999 ist mit Mausclick im Internet einsehbar:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/Kataster.jpg

Das Verwaltungsgericht Regensburg hat den Katasterbeweis des Beschwerdeführers mit einem **NS-Dokument aus dem Jahr 1943** zurückgewiesen. Das NS-Dokument ist in Sütterlin-Schrift abgefasst, der verantwortliche Richter hat bei der mündlichen Verhandlung zugegeben, dass er nicht in der Lage ist, die Sütterlin-Schrift zu lesen, hat aber das **NS-Dokument aus 1943** als Gegenbeweis zum **amtlichen Kataster-Auszug von 1999** bewertet. Eine Analyse des Sütterlin-Dokumentes zeigt, dass Grundstücksrechte zum Hofgrundstück des Beschwerdeführers überhaupt nicht betroffen sind, und es zeigt, wie **Mitglieder der NSDAP** vorgegangen sind, um sich Grundstücksrechte von Nicht-Mitgliedern der NSDAP in niederträchtiger Weise anzueignen.

Das NS-Dokument aus 1943 in Sütterlin-Schrift ist mit Übersetzung im Internet einsehbar:
> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/Suetterlin-1943.pdf>

"Wie lange will das Bundesverfassungsgericht noch zusehen, wie Grundrechte vom Landratsamt Tirschenreuth unter dem Schutz des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs ausgehebelt werden, bis der wirtschaftliche Ruin des Beschwerdeführers erreicht ist?" so im Schriftsatz des Beschwerdeführers mit Datum 21.03.2012 an das Bundesverfassungsgericht (Kapitel 218), nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > www.damwild-ockl.de/doku/BVERFG-30.pdf

> > > www.damwild-ockl.de/doku/BVERFG-20.pdf

> > > www.damwild-ockl.de/doku/BVERFG.pdf

Mit einer 8-Mann-Task-Force hat das Landratsamt Tirschenreuth im März 2012 zum finalen Schlag gegen eine kleine Qualitätsbäckerei des Verstorbenen ausgeholt. Unbewältigte NS-Vergangenheit ist der Hintergrund, über den das **Bundesverfassungsgericht** informiert war. **Der Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichtes ist es zuzuschreiben**, dass er im Sommer 2012 keinen anderen Ausweg mehr gesehen hat als den **Freitod**.

Der Freitod des Beschwerdeführers, Folge einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd soll nun ohne gerichtliche Klärung in den Akten verschwinden, weil der Erbe Nachlass-Insolvenz anmelden musste, um sich vor bayerischen Verwaltungsübergriffen zu schützen.

Sein Vater ist 1945 Opfer einer unbewältigten NAZI-Vergangenheit (Väter-Generation des NS-Netzwerkes in Bayern / Landkreis Tirschenreuth).

Sein Bruder (Unterzeichner) ist nun Opfer und Erbe unbewältigter NAZI-Vergangenheit in Bayern (Landkreis Tirschenreuth). **Das regionale NS-Netzwerk wurde nach dem letzten Weltkrieg nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern durch Flüchtlinge aus dem benachbarten Sudetenland verstärkt.**

Ceterum censeo: Es ist längst an der Zeit, dass gerade die verheerenden Folgewirkungen einer unbewältigten NS-Vergangenheit des nationalsozialistischen Unrechtsstaates einer schnellstmöglichen Abhilfe zugeführt werden sollten, um weiteren Schaden zu vermeiden.

Alle Vorgänge liegen entscheidungsreif beim 19. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in Ansbach / Bayern (**19 ZB 12.2468**)

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/VGH-4.pdf>

beim 9. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München (**9 ZB 12.744**)

> > > www.damwild-ockl.de/doku/VGH2-posthum.pdf

und beim Bundesverfassungsgericht (**1 BvR 881/12**).

**Zu 06. Schläge in das Antlitz der Justitia
gemäß laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 881/12 des verstorbenen
Bruders**

Bayerische Verwaltung und bayerische Verwaltungsjustiz haben Verantwortung für

- ⊗ **wirtschaftlichen Ruin des Verstorbenen,**
- ⊗ **Zerstörung des Bäckereibetriebs mit einem Wasserkraft-Triebwerk für CO²-freie, erneuerbare Energie,**
- ⊗ **Zwangsräumung und Beseitigung des gesamten Damwild-Geheges, obwohl dies durch BGH-Urteil abgewiesen wurde,**
- ⊗ **Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Beigeladenen und Haupträdelsführer)**
- ⊗ **Ruinöse Schädigung des Lebensmittelbetriebs mit Qualitätsprodukten durch eine störanfällige Fäkalien-Pumpwerksanlage auf dem Hofgrundstück des Verstorbenen,**
- ⊗ **Bestialisch stinkende Störfälle von stunden- und tagelanger Dauer mit Umwelt vergiftenden Emissionen des Fäkalien-Abwassernetzes in 5m-Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des Verstorbenen,**
- ⊗ **Missbrauch von Staatsgewalt, Lebensmittelrecht, Strafrecht, Tierschutzrecht und v.a.m. in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen mit ständigen Gerichtsverfahren, mit parallelen Gerichtsverfahren, mit Verwaltungsschikanen, mit Zwangsgeldbescheiden u.v.a.m.**
- ⊗ **Massive Verletzung der Grundrechte des Verstorbenen, um ständige Verwaltungsübergriffe auszuführen (GG §1, §2, §20),**
- ⊗ **Massive Verstöße gegen Europäische Menschenrechtskonvention Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren),**
- ⊗ **Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, deren Stammbaum bis in das 17.Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist,**
- ⊗ **Verzweiflungstat des Verstorbenen mit Freitod, der mit einer Menschenrechte verachtenden Treibjagd durch die Verwaltung eiskalt erzwungen wurde,**
- ⊗ **Beschädigung der Erbschaft in einer Weise, dass alle Erbberechtigten bis auf den Kläger aus Furcht vor weiteren Übergriffen des Freistaates die Erbschaft ausgeschlagen haben.**
- ⊗ **Antrag auf Nachlassinsolvenz durch den Erben (Unterzeichner), um sich vor bayerischen Verwaltungsübergriffen zu schützen**

Der Vorwurf der Manipulation von Grundstücksrechten ist längst nachgewiesen und vom Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Alfons Mages trotzdem abgewimmelt, weil er angeblich die in der NS-Zeit verwendete Sütterlin-Schrift nicht lesen kann und NS-Entscheidungen sowieso nicht in Frage stellen wollte. Unglaublich! Was ist das für ein Urteil 67 Jahre nach der NS-Zeit!

O-Ton des Vizepräsidenten Alfons Mages des Bayerischen Verwaltungsgerichtes Regensburg bei der Präsentation des **NS-Dokument aus 1943**, mit Zeugen nachweisbar:

"In der Nazi-Zeit war nicht alles schlecht, was sie gemacht haben".

In der Verfassungsbeschwerde **1 BvR 881/12** sind die Schriftsätze des Verstorbenen mit Datum 25.01.2012, 21.03.2012 und 12.04.2012 dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt worden. Es geht nicht mehr alleine um die **Manipulation von Grundstücksrechten, die jedoch ursächlich für die gesamte Treib- und Hetzjagd mit Todesfolge für den Gejagten** in Fortsetzung von NS-Verbrechen mit Todesfolge für den Vater des Gejagten und des klagenden Erben sind.

Eine Kopie der **Verfassungsbeschwerde vom 21.03.2012** wurde dem 19.Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes mit Schriftsatz vom 29.03.2012 übergeben. Es ist derselbe Schriftsatz, mit dem eine **Verzögerungsrüge** an den 19. Senat übermittelt wurde, eine vom verantwortlichen Richter unterdrückte Verzögerungsrüge.

Der 9.Senat und der 19.Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes haben bis heute nichts entschieden. Der Unterzeichner verlangt von einem Rechtsstaat **die lückenlose Aufklärung dieser ungeheuerlichen Voränge.**

Viele Leute in Deutschland wünschen sich einen Bundespräsidenten in Deutschland, der seine Schaffenskraft darauf konzentriert, demokratische Fehlentwicklungen zu korrigieren, so wie Sie das bei der Aufarbeitung der STASI-Vergangenheit in Ostdeutschland geleistet haben. In Bayern ist tatsächlich unbewältigte NS-Vergangenheit bis in höchste Ämter und ganz besonders in der Verwaltungsjustiz zu beklagen.

Gerne möchten wir Sie darum bitten, selbst einen Blick in unsere Verfassungsbeschwerde zu werfen und eine Überprüfung zu veranlassen. Für eine Antwort sind wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Mit Schreiben vom 12.03.2013 zugesandt:
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13 (AR 339/13),
auch in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Vorab per Fax an 030-2000-1999

Persönlich

**Herrn Joachim Gauck
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 12.03.2013

Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom
15.01.2013 ff.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Bundespräsident **Johannes Rau** hat mit einer Ansprache als Schirmherr unsere Congressmesse KOMMTECH 1988 (als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) eröffnet, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

Bundespräsident **Horst Köhler** wurde von uns am 25.05.2010 angeschrieben mit "Wir klagen an". Unmittelbar danach hat er seinen Rücktritt erklärt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Bundespräsident **Christian Wulff** wurde von uns im Juli 2010 mit demselben Anliegen angeschrieben, ohne irgendeine Hilfe oder einen Nutzen zu ungeheuerlichen Vorgängen zu erfahren, die wir im Rahmen einer mehrjährigen Petition an den Deutschen Bundestag aufwendig dargestellt haben:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Mit unserem Brief möchten wir Sie darum **bitten**, Zeuge zu sein zu ungeheuerlichen Vorgängen in der deutschen Justiz unter Verantwortung des Bundesverfassungsgerichts:

Wir beklagen die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung und massive wirtschaftliche Diskriminierung in einem nicht mehr vorstellbaren Ausmaß.

Wir beklagen rücksichtsloses Vorgehen in Deutschland gegen Opfer der UMTS-Auktion 2000, obwohl die Gerichte über die Zusammenhänge von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 ausführlich informiert sind.

Wir beklagen Scheuklappen-Justiz: Gerichte verweigern das Gehör (Anhörungsresistenz), wenn auf verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 hingewiesen wird.

Wir beklagen Handschellen-Justiz: Gerichte scheuen nicht den Missbrauch von Staatsgewalt, wenn sie keine Argumente mehr haben. Grundrechte und europäische Menschenrechtskonvention haben keinen Stellenwert.

Wir beklagen totales Versagen deutscher Justiz: Bei der Ausarbeitung der Verfassungsbeschwerde mussten wir feststellen, dass wir nicht nur Opfer der UMTS-Auktion 2000 (vor über 12 Jahren) sind, sondern darüber hinaus Opfer eines Justizirrtums am Bundesverfassungsgericht.

Wir befürchten "Nicht-Annahme zur Entscheidung" am Bundesverfassungsgericht, weil das Bundesverfassungsgericht eine solche Entscheidung nicht begründen muss.

Darüber hinaus macht der Unterzeichner das Bundesverfassungsgericht wegen Untätigkeit mitverantwortlich am Tod seines Bruders (siehe Kapitel 27 der Verfassungsbeschwerde):

Das Bundesverfassungsgericht war die letzte Hoffnung des Verstorbenen in einer über **20-jährigen Treib- und Hetzjagd bayerischer Verwaltung auf seine Person.**

Der Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichtes ist es zuzuschreiben, dass er im Sommer 2012 keinen anderen Ausweg mehr gesehen hat als den Freitod. Vergeblich hat er im Schriftsatz vom 21.03.2012 Frage und Bitte an das Bundesverfassungsgericht gestellt:

" **Wie lange will das Bundesverfassungsgericht noch zusehen,** wie Grundrechte vom Landratsamt Tirschenreuth unter dem Schutz des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs ausgehebelt werden, bis der wirtschaftliche Ruin des Beschwerdeführers erreicht ist? "

Mit einer 8-Mann-Task-Force hat das Landratsamt Tirschenreuth im März 2012 zum finalen Schlag gegen eine kleine Qualitätsbäckerei des Verstorbenen ausgeholt. Unbewältigte NS-Vergangenheit ist der Hintergrund, über den das **Bundesverfassungsgericht** informiert war.

Mit Respekt, aber mit großer Enttäuschung begegnen wir deutschen Verfassungsorganen, ganz besonders dem **Bundesverfassungsgericht.** Hoheitliche Aufgabe der Verfassungsorgane ist Überwachung, Beachtung und Weiterentwicklung der Grundrechte, die in Artikel 01 bis 19 des Grundgesetzes festgeschrieben sind. Bürger haben jedoch die ständige Wahrnehmung, dass die Grundrechte nur hübsches Beiwerk sind und das Grundgesetz vorrangig der Profilierung ihrer Verfassungsorgane zu dienen hat.

Für Opfer der UMTS-Auktion 2000 ist es nicht mehr hinnehmbar, dass der verantwortliche Verursacher der verheerenden Folgewirkungen des UMTS-GAU aus 2000, **die Bundesrepublik Deutschland**, jede Zeit der Welt hat, die Verantwortung abzuleugnen und die **Liquidierung der Opfer durch Zwangsmaßnahmen auszusetzen**, indem von den Geschädigten mit staatlicher Brachialgewalt Leistungen gefordert werden, die sie aufgrund der Schadenswirkungen des UMTS-GAU nicht mehr bringen können, andererseits jedes Verfahren über Schadenersatz und Rehabilitation verweigert wird.

Wenn das Bundesverfassungsgericht mit Anhörungsrüge auf einen Justizirrtum bei der Bewertung einer Verfassungsbeschwerde aufmerksam gemacht wird, **wenn** Hilfesuchende bei unvorstellbaren Verwaltungsübergriffen in einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd das Bundesverfassungsgericht als letzte Rettung mit einer Verfassungsbeschwerde anrufen (siehe Kapitel 27 der Verfassungsbeschwerde), **dann** ist Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr hinnehmbar.

Das Bundesverfassungsgericht beruft sich standardmäßig und mit gewohnter Übung darauf, dass mit Beschluss die Annahme einer Verfassungsbeschwerde abgelehnt werden kann. Dieser Beschluss bedarf keiner Begründung und ist nicht anfechtbar (§93d Abs 1 BVerfGG). Wenn jedoch mit Anhörungsrüge (Grundrecht Art 103 Abs1 GG) ein Justizirrtum aufgezeigt wird, dann muss der Beschluss anfechtbar sein.

Viele Leute in Deutschland wünschen sich einen Bundespräsidenten in Deutschland, der seine Schaffenskraft darauf konzentriert, demokratische Fehlentwicklungen zu korrigieren, so wie Sie das bei der Aufarbeitung der STASI-Vergangenheit in Ostdeutschland geleistet haben. In Bayern ist tatsächlich unbewältigte NS-Vergangenheit bis in höchste Ämter und ganz besonders in der Verwaltungsjustiz zu beklagen.

Gerne möchten wir Sie darum bitten, selbst einen Blick in unsere Verfassungsbeschwerde zu werfen und eine Überprüfung zu veranlassen. Für eine Antwort sind wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlage: **Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13** (AR 339/13)
per Post nachgesandt, auch in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Persönlich

**Herrn Christian Wulff
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 02.08.2010

Wir klagen an / Unser Email an die Niedersächsische Staatskanzlei vom
5.Juni 2010 / Unser Schreiben 14.07.2010

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

In unserem Schreiben vom 14.07.2010 habe ich Ihnen geschrieben:

" Viele Bürger in Deutschland, die Sie hiermit (in Ihrer Dankesrede zur Bundesversammlung) nicht direkt angesprochen haben, sind frustriert, weil ihre Grundrechte in Politik und Verwaltung nicht mehr respektiert werden. Sie haben mit Recht die Erwartung, dass der Bundespräsident mit dem moralischen Gewicht seines Amtes Unterstützung gibt, wenn ihre Grundrechte mit der Brachialgewalt staatlicher Macht ausgehebelt werden, wenn die Bundesregierung jeden Schaden und jede Verantwortung leugnet und sogar die infame Dreistigkeit besitzt, das Eigentum entrechteter Bürger für eigene Zwecke zu nutzen.

Wir waren wehrlos, als unsere Grundrechte mit der UMTS-Auktion 2000 und ihren verheerenden Folgewirkungen, mit rücksichtsloser Brachialgewalt staatlicher Macht ausgehebelt wurden, und wir kämpfen seit 10 Jahren vergeblich um eine Rehabilitierung, obwohl wir mit einer vorbildlichen Weltklasseleistung zum Vorteil, zum Nutzen, für die Zukunft Deutschlands beigetragen haben. Das war unser Lebenswerk, wir haben nichts anderes gemacht, wir können nichts anderes.

Ich habe mein gesamtes berufliches Leben mit einer Weltklasseleistung für Innovationstransfer und Innovationswachstum eingesetzt. Ich habe meine Frau überredet, den sicheren Beamtenstatus einer Oberstudienrätin aufzugeben, um in unserem Familienunternehmen noch mehr Leistungsfähigkeit zu erreichen. Die Erschließung von Mittelstandspotenzialen für Innovationswachstum war unsere Professionalität. Mit der UMTS-Auktion 2000 wurde uns die Existenz-Grundlage entzogen. Seit Januar diesen Jahres können wir uns nicht einmal mehr eine Krankenversicherung leisten, obwohl wir in besseren Jahren mehrere Hunderttausend DM/EUR eingezahlt haben und mit Sicherheit weniger als 10 % Ärztekosten verursacht haben.

Wir schämen uns, in einem Deutschland leben zu müssen,
in dem man sich "nackt" ausziehen muss, um vielleicht einen Funken
Verständnis für eine Entwicklung zu erreichen, der wir wehrlos und ohnmächtig
durch Beschluss und spaltende Politik einer deutschen Bundesregierung
ausgesetzt wurden,
in dem man als Quertreiber abgestempelt wird, wen man fundamentale
Grundrechte in Anspruch nehmen möchte,
in dem Geschädigte mit 10 Jahre Grundrechte-Entzug noch Verständnis haben
sollen für verantwortliche Inhaber staatlicher Macht.

Wir haben großen Respekt vor Mitmenschen, die mit glaubwürdigem Verhalten
Zeichen setzen, z.B.

vor der evangelischen Bischöfin Margot Käßmann, die mit ihrem Rücktritt von
allen Spitzenämtern ihre Glaubwürdigkeit und ihre charismatische
Überzeugungsfähigkeit nicht nur bewahrt, sondern eher gesteigert hat,
vor dem Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, der aus Überzeugung den
Fernsehpreis für sein Lebenswerk zurückwies als „Blödsinn, den wir hier
heute Abend zu sehen bekommen haben“,
vor einem Bundespräsidenten Roman Herzog, der mit seiner legendären
Ruckrede dafür eingetreten ist, dass ein Ruck durch Deutschland gehen müsse,
um die „verkrusteten Strukturen“ zu überwinden.

**Viele Leute in Deutschland wünschen sich einen Bundespräsidenten in
Deutschland**, der seine Schaffenskraft darauf konzentriert, demokratische
Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Gerne möchten wir Sie darum bitten, selbst einen Blick in unsere Argumentation
vor dem Petitionsausschuss zu werfen und eine schriftliche Begründung für Ihre
Entscheidung zu veranlassen:

Unser Schreiben an Sie vom 14.07.2010 auf Mausclick im Internet :

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Punkte 1 bis 21 an den Petitionsausschuss auf Mausclick im Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet3007.pdf>

Für eine Antwort sind wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

**Herrn Christian Wulff
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 14.07.2010

Wir klagen an / Unser Email an die Niedersächsische Staatskanzlei vom
5.Juni 2010

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Zu Ihrer Wahl als Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland möchten wir gerne unsere besten und wohlgemeinten Glückwünsche übersenden.

Bereits am 5. Juni 2010, nach dem Rücktritt Ihres Vorgängers im Amte des Bundespräsidenten, habe ich Sie über unseren Brief vom 25.05.2010 an Ihren Vorgänger informiert. Von Ihrer persönlichen Referentin, Frau Verena Hemesath, wurde ich gebeten, uns mit unserem Anliegen im Laufe des Monats Juli an das Bundespräsidialamt zu wenden.

In Ihrer Dankesrede vor der Bundesversammlung haben Sie gesagt: "All denen, die eine andere Wahlentscheidung getroffen haben, bekunde ich selbstverständlich meinen Respekt. Ich bin überzeugt, dass es auch mit Ihnen zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit kommen wird. Ich jedenfalls werde mich sehr bemühen, auch vielen Ihrer Erwartungen gerecht zu werden." **Viele Bürger in Deutschland, die Sie hiermit nicht direkt angesprochen haben, sind frustriert, weil ihre Grundrechte in Politik und Verwaltung nicht mehr respektiert werden.** Sie haben mit Recht die Erwartung, dass der Bundespräsident mit dem moralischen Gewicht seines Amtes Unterstützung gibt, wenn ihre Grundrechte mit der Brachialgewalt staatlicher Macht ausgehebelt werden, wenn die Bundesregierung jeden Schaden und jede Verantwortung leugnet und sogar die infame Dreistigkeit besitzt, das Eigentum entrechteter Bürger für eigene Zwecke zu nutzen.

Wir bitten um Ihre Unterstützung unserer laufenden Petition beim Deutschen Bundestag:

- 1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?**
- 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung**
- 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung**
- 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen**
- 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb**
- 6. CeBIT-Niedergang im 10. Jahr: Spiegelbild der ITK-Branche**
- 7. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"**
- 8. Petition zur Anerkennung unserer Grundrechte**

Zu 1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?

Ich habe mit Schreiben vom 07.03.2010 den Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie angeschrieben und unser Schicksal, das Schicksal eines professionell arbeitenden Mittelständlers, der über mehr als 25 Jahre mit einer Weltklasseleistung einen wesentlichen Anteil am Aufbau der Branche für IT und Telekommunikation (ITK) erbracht hat, im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 10 Jahre dargestellt. Dieses Schreiben wurde an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages weitergeleitet und dort als Einzelpetition (Pet 1-17-09-703-005442) in eine Warteschlange eingereiht. Das Schreiben ist auch im Internet einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Wir klagen an: Das Petitionsrecht ist ein verfassungsrechtlich verbrieftes Grundrecht. Mitte Juli sind über 4 Monate vergangen, in denen wir lediglich eine **alle Schäden leugnende und diffamierende Stellungnahme des verantwortlichen Bundesministeriums** erreicht haben. Die Beschwerden unserer Petition betreffen unerhörte Vorgänge, die vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und von der Bundeskanzlerin zu verantworten sind. Es ist ein Missbrauch des Petitionsrechtes, wenn dieses nur benutzt wird, um Beschwerden über schlimmste Vorgänge, die bereits 10 Jahre andauern und von der Bundesregierung zu verantworten sind, in einer Warteschlange wirkungslos auszusitzen.

Zu 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung

Ich habe mein gesamtes Berufsleben für hochwertige Dienstleistungen des Innovationstransfers in der ITK-Branche eingesetzt. Mit einer professionellen Weltklasseleistung hat unser Unternehmen über 25 Jahre einen wesentlichen Beitrag beim Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet, die bis zum Jahr 2000 Weltspitze gewesen ist. Ich habe meine Frau überredet, den sicheren Beamten-Status einer Oberstudienrätin aufzugeben, um in unserem Unternehmen eine noch höhere und professionellere Leistungsfähigkeit zu erreichen. Wir haben unser gesamtes berufliches Leben an exponierter Stelle für den innovationsorientierten ITK-Mittelstand gearbeitet (wir können nichts anderes) und sind ein Opfer der UMTS-Auktion 2000 geworden.

Mehr Informationen zu meiner Person:

> > > www.euro-online.de/ftp/Lebenslauf.pdf

Wir klagen an: Durch die 1. Mobilfunk-Auktion (UMTS-Auktion 2000) wurden wir nicht nur enteignet, auch alle unsere Bemühungen einer Kooperation mit der staatlichen CeBIT, mit den Branchenverbänden BITKOM und VATM, wurden auf der höchsten Entscheidungsebene zurückgewiesen. **Wir wurden unter Federführung des BMWi eliminiert. Wir werden unter Federführung des BMWi ausgegrenzt. Der IT-Gipfel, der in Form von Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien Bestandteil der von uns in jährlichem Turnus durchgeführten Congressmessen war, findet jetzt unter Federführung des BMWi statt**, also unter Federführung von hochbezahlten Ministerialbeamten, die laut Grundgesetz hoheitliche Aufgaben erfüllen sollten. Eine besonders niederträchtige Form der Enteignung: Ohne Enteignungsverfahren, ohne Prüfung einer Alternative, ohne Schadenersatz! Unter Federführung des BMWi wird jetzt zudem die Öffentlichkeit bewusst getäuscht und der Eindruck vermittelt wird, dass in der ITK-Branche alles in bester Ordnung ist. Tatsache ist aber das Gegenteil.

Zu 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung

Die Mobilfunk-Auktionen (Frequenzversteigerungen) werden unter Leitung der Bundesnetzagentur, einer zum Geschäftsbereich des BMWi gehörenden Behörde durchgeführt. Mit der spektakulären UMTS-Auktion in 2000 wurden 50,8 Mrd EUR aus der ITK-Branche herausgepresst. Umgerechnet auf die gesamte Einwohnerzahl von Deutschland, betragen die UMTS-Lizenzkosten je Einwohner

620 € (zum Vergleich in Spanien 13 € je Einwohner, in Frankreich 28 € je Einwohner). Bei der 2. Mobilfunk-Auktion, die am 20. Mai 2010 beendet wurde, wurde bei der Versteigerung eines doppelt so großen Frequenzpaketes (360 Megahertz) "nur" 4,38 Mrd EUR eingenommen, das sind unter Berücksichtigung der doppelten Frequenzmenge nur 26,7 € Lizenzkosten je Einwohner, oder anders ausgedrückt: **Bei der UMTS-Auktion in 2000 wurden im Vergleich zur Auktion 2010 um $(620-26,7)/26,7 \times 100\% = 2.222\%$ höhere Lizenzkosten mit der Brachialgewalt staatlicher Macht ohne Rücksicht auf Auswirkungen derart massiver Eingriffe auf wehrlose Bürger und Unternehmen durchgesetzt.**

Wir klagen an: Die Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 waren verheerend und dauern bis heute an. Mit dem Auktionsergebnis wurde ein Viertel des Bundeshaushaltes auf Kosten des innovationsorientierten Mittelstandes der ITK-Branche finanziert. Aus einer blühenden Branche, mit **über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000**, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive (- 4,4 % in 2009), mit der Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 8 Jahren.

Zu 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen

Mit unseren Congressmessen über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus haben wir einen innovationsorientierten Mittelstand entwickelt, der um die Jahrtausendwende als **New Economy** oder auch **Net Economy** bezeichnet wurde. **Mit diesem Mittelstand war die deutsche ITK-Branche Weltspitze.** Der innovationsorientierte Mittelstand war der Kundenstamm unserer Congressmessen. Die Erschließung der Mittelstandspotenziale für Innovations- und Wirtschafts-Wachstum ist unsere Professionalität.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation war Qualitätsmerkmal unserer in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang. Der Beweis hierfür kann jederzeit mit unserem Congressband-Archiv angetreten werden. Siehe Internet:

> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Wir klagen an: Die UMTS-Auktion 2000 wurde zu einem UMTS-Gau, für den die deutsche Bundesregierung die volle Verantwortung hat. Wir sind Augenzeuge und haben es vor Ort erlebt, wie der innovative Mittelstand, unsere Stammkunden, mit diesem UMTS-Gau eliminiert wurde. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser mittelstandsverachtenden Politik konnten wir bundesweit abschätzen entsprechend dem Löschaufwand in unserer Adressen-Datenbank. Es ist verständlich, wenn ausländisches Kapital aufgrund schlechter Rendite-Erwartungen den Mobilfunk-Standort Deutschland fluchtartig verlassen hat. Deutsche Banken und insbesondere deutsche Landesbanken folgten hinterher. Die deutschen Netzbetreiber hatten zwar UMTS-Lizenzen, aber kein Kapital mehr, um die UMTS-Netze aufzubauen, sie mußten sparen. Der innovative Mittelstand der ITK-Branche hatte weder Kapitalgeber noch Auftraggeber, er wurde eliminiert: **ein krimineller Unternehmens-Genozid!**

Zu 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb

Das ist das Ergebnis einer mittelstandsverachtenden, desaströsen Innovations- und Technologiepolitik der letzten 10 Jahre. Das Innovationswachstum mit zig-Tausenden Hochtechnologie-Arbeitsplätzen ist nach Fernost abgewandert. Bei jeder ITK-Anwendung müssen die abgewanderten Arbeitsplätze im Ausland mitfinanziert werden. Es ist eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit: Wenn der innovative Mittelstand beschädigt ist, dann haben auch Großunternehmen keine Chance, wie z.B. SIEMENS Com (Communications), BENQ Mobile, NOKIA Bochum, INFINEON mit der QIMONDA-Pleite (München/Dresden) u.a. Hier

wurden zig Milliarden an Subventionen verbrannt. Ich habe ein paar Statistiken aufbereitet in unserer Homepage, mit denen eine Grobeinschätzung des ITK-Standes Deutschland im internationalen Vergleich leicht möglich ist:

> > > www.euro-online.de

Wir klagen an: Deutsche Forscher und Unternehmer haben in mehr als 100 Jahren mit Pionierleistungen für IT und TK Meilensteine gesetzt, wie z.B. die Computerpioniere Konrad Zuse und Heinz Nixdorf, Philipp Reis, Wegbereiter des Telefons, Werner Siemens und Johann Halske, Erfinder der Telegrafie, Rudolf Hell, Erfinder des Telefax, oder Nobelpreisträger Peter Grünberg, auf dessen nanotechnischen Forschungen Ende des letzten Jahrhunderts die heutige Festplattentechnik basiert. Bitte ersparen Sie mir weitere Aufzählungen. **Was deutsche Forscher, deutsche Unternehmer und insbesondere der innovationsorientierte Mittelstand für die ITK-Branche in mehr als 100 Jahren geleistet haben, wurde in 10 Jahren unter Federführung des BMWi in einem für Leistungsträger des deutschen Mittelstandes unerträglichem Maße heruntergewirtschaftet.** Die Technologiesparte der deutschen ITK-Branche, einer weltweit boomenden Branche, ist ein einziger Scherbenhaufen. Heute stehen bereits chinesische Experten aus Shanghai als Entwicklungshelfer in Düsseldorf am Rhein (anstatt umgekehrt), um Kommunikationsnetze weiter zu entwickeln, weil der Hochleistungs-Mittelstand in Deutschland gedeckelt ist, in einem Kompetenzbereich, auf dem Deutschland in den 90er Jahren Weltspitze gewesen ist. Es ist einfach nur frustrierend!

Zu 6. CeBIT-Niedergang im 10. Jahr: Spiegelbild der ITK-Branche

Der CeBIT-Niedergang geht nun in das 10. Jahr. Die CeBIT ist ein Spiegelbild der ITK-Branche und demonstriert die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, die vom verantwortlichen BMWi nachwievorrücksichtslos geleugnet werden. Die Globalisierungsversuche der CeBIT waren verlustreich, sind praktisch gescheitert, CeBIT New York und CeBIT Shanghai sind längst Negativ-Geschichte. Die verantwortliche Deutsche Messe AG hat in 2009 von den staatlichen Anteilseignern einen Verlustausgleich in Höhe von einer Viertel Mrd € erhalten.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Das Land Niedersachsen ist Anteilseigner der Deutschen Messe AG. Mit Sicherheit ist der Ministerpräsident dieses Landes informiert über die Gründe eines derart hohen Verlustausgleichs mit Steuergeldern. Ich bitte Sie, Ihre Kenntnisse in dieser Angelegenheit einzubringen, um zu erreichen, dass ein weiteres Leugnen der verheerenden Folgen der UMTS-Auktion 2000 durch das BMWi endlich unterbunden wird.

Zu 7. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"

ist die Überschrift eines Briefes, den ich am 22.02.2010 an die Frau Bundeskanzlerin geschrieben habe. Ich habe immer wieder Mitglieder der Bundesregierung angeschrieben und sie darauf hingewiesen, welchen Schaden sie uns und welchen Schaden sie Deutschland zugefügt haben, und habe unsere Mitwirkung, unser lebenslanges Know-how, unsere Weltklasseleistung für Innovationstransfer und Innovationseffizienz angeboten.

Ein Auflistung ausgewählter Briefe der letzten 2 Jahre ist am Ende unseres Briefes an die Frau Bundeskanzlerin enthalten:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Wir klagen an: Es ist verabscheuungswürdige, menschenverachtende Politik, wenn wehrlose Unternehmer und wehrlose Bürger ohne Lobbyisten der Brachialgewalt staatlicher Eingriffe ausgesetzt werden und anschließend wie Nemos und Nobodys behandelt werden, die enteignet werden dürfen, die ausgegrenzt werden dürfen, deren Briefe nicht beantwortet werden müssen, obwohl sie jahrelang eine Weltspitzenleistung für Deutschland erbracht haben.

Zu 8. Petition zur Anerkennung unserer Grundrechte

Wir fordern mit der Petition nur Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann: Schadenersatz und Anerkennung unserer Grundrechte (siehe Punkt 8 in unserer Erwiderung zur Stellungnahme des BMWi im PS). Wir wollen unser langjähriges, lebenslanges Know-how in ein Centrum für Innovationseffizienz und Innovationswachstum einbringen. Wir wollen den IT-Gipfel, der vor der Enteignung Bestandteil unserer Congressmessen war, wieder zu einer professionellen Congressmesse entwickeln, um der heruntergewirtschafteten ITK-Branche wieder auf die Beine zu helfen. Mit einem Qualitätsservice für Innovationswachstum und Innovationseffizienz werden wir gedeckelte Mittelstandspotenziale erschließen und zu einem marktgetriebenem Innovationswachstum mit neuen Arbeitsplätzen beitragen. Wir haben unser Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell!

Mit der UMTS-Auktion 2000 wurde uns die Existenz-Grundlage entzogen.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Wir bitten um Ihre Unterstützung unserer Petition beim Deutschen Bundestag. Wir bitten um Ihre Hilfe, mit dem Petitionsverfahren zu einer schnellen Entscheidung zu kommen. Es ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, Erlöse aus der Mobilfunk-Auktion 2010 mit Priorität für den Ausgleich der Schäden aus der UMTS-Auktion 2000 zu verwenden. Ohne Anerkennung der Grundrechte aller Bürger hat ein demokratisches Deutschland keine Berechtigung mehr. Für eine Antwort sind wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

PS. Unsere Erwiderung auf die Stellungnahme des BMWi zu unserer Petition ist sehr ausführlich und informativ:

Im Schreiben vom 28.06.2010 haben wir folgende Punkte ausgeführt:

1. Die Stellungnahme des BMWi ist unqualifiziert.
2. Stellungnahme des BMWi ist irreführend
3. Stellungnahme des BMWi: Gipfel der Unwahrheit
4. Entgegen der Stellungnahme des BMWi: Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
5. Das BMWi hat Deutschland großen Schaden zugefügt
6. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
7. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb
8. Stellungnahme des BMWi zu Grundrechten betroffener Unternehmer: Fehlanzeige, Grundgesetz vor Telekommunikationsgesetz
9. Stellungnahme des BMWi ist nicht nur verantwortungslos, sie ist eine Unverschämtheit gegenüber dem Deutschen Bundestag
10. Punkte der parlamentarischen Prüfung

Die Ausführungen zu diesen Punkten sind nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf>

Im Schreiben vom 12.07.2010 haben wir weitere Punkte ausgeführt:

11. Wir klagen an: Verbrecherische Lüge des BMWi
 12. Wir klagen an: Unternehmens-Genozid des innovationsorientierten ITK-Mittelstands
 13. Stellungnahme des BMWi: Unerträgliche Infamie
 14. Stellungnahme des BMWi: Diffamierung unserer Kooperationswilligkeit in Fortsetzung
 15. Diffamierung unserer Anschreiben an das Bundeskanzleramt und das BMWi
 16. Personelle Verantwortung der UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 17. Aufarbeitung der geschilderten Vorgänge seit der UMTS-Auktion 2000
- Die Ausführungen zu diesen Punkten sind nachlesbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet1207.pdf>

**Herrn Horst Köhler
Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Velbert, 25.05.2010

Wir klagen an

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Wenn deutsche Bundesregierungen mit einer mittelstandsverachtenden Politik nicht nur einzelnen deutschen Bürgern und Familien schweren Schaden zufügen und ohne Rücksicht auf Recht und Gesetze keine Verantwortung übernehmen, jede Kommunikation verweigern, dann ist das eine menschenverachtende Arroganz, die Deutschland von Krise zu Krise direkt in eine schwere Staatskrise führt. Wir appellieren vor allem an das moralische Gewicht Ihres Amtes, unsere laufende Petition beim Deutschen Bundestag zu unterstützen und

- 1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?**
- 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung**
- 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung**
- 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen**
- 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb**
- 6. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"**
- 7. Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann**

Zu 1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?

Ich habe mit Schreiben vom 07.03.2010 den Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie angeschrieben und unser Schicksal, das Schicksal eines professionell arbeitenden Mittelständlers, der über mehr als 25 Jahre mit einer Weltklasseleistung einen wesentlichen Anteil am Aufbau der Branche für IT und Telekommunikation (ITK) erbracht hat, im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 10 Jahre dargestellt. Dieses Schreiben wurde an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages weitergeleitet und dort als Einzelpetition (Pet 1-17-09-703-005442) in eine Warteschlange eingereiht. Das Schreiben ist auch im Internet einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Wir klagen an: Das Petitionsrecht ist ein verfassungsrechtlich verbrieftes Grundrecht. Anfang Juni sind 3 Monate vergangen, ohne außer einer Bestätigung etwas erreicht zu haben. Die Beschwerden unserer Petition betreffen unerhörte Vorgänge, die vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und von der Bundeskanzlerin zu verantworten sind. Es ist ein Missbrauch des Petitionsrechtes, wenn dieses nur benutzt wird, um Beschwerden über schlimmste Vorgänge, die bereits 10 Jahre andauern und von der Bundesregierung zu verantworten sind, in einer Warteschlange wirkungslos auszusitzen.

Zu 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung

Ich habe mein gesamtes Berufsleben für hochwertige Dienstleistungen des Innovationstransfers in der ITK-Branche eingesetzt. Mit einer professionellen Weltklasseleistung hat unser Unternehmen über 25 Jahre einen wesentlichen Beitrag beim Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet, die bis zum Jahr 2000 Weltspitze gewesen ist. Wir haben unser gesamtes berufliches Leben an exponierter Stelle für den innovationsorientierten Mittelstand gearbeitet (wir können nichts anderes) und sind ein Opfer der UMTS-Auktion 2000 geworden. Mehr Informationen zu meiner Person:

> > > www.euro-online.de/ftp/Lebenslauf.pdf

Wir klagen an: Durch die 1. Mobilfunk-Auktion (UMTS-Auktion 2000) wurden wir nicht nur enteignet, auch alle unsere Bemühungen einer Kooperation mit der staatlichen CeBIT, mit den Branchenverbänden BITKOM und VATM, wurden auf der höchsten Entscheidungsebene zurückgewiesen. Wir wurden unter Federführung des BMWi eliminiert. Der IT-Gipfel, der in Form von Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien Bestandteil der von uns in jährlichem Turnus durchgeführten Congressmessen war, findet jetzt unter Federführung des BMWi statt, also unter Federführung von hochbezahlten Ministerialbeamten, die laut Grundgesetz hoheitliche Aufgaben erfüllen sollten. Eine besonders niederträchtige Form der Enteignung: Ohne Enteignungsverfahren, ohne Prüfung einer Alternative, ohne Schadenersatz! Unter Federführung des BMWi wird jetzt zudem die Öffentlichkeit bewusst getäuscht und der Eindruck vermittelt wird, dass in der ITK-Branche alles in bester Ordnung ist. Tatsache ist aber das Gegenteil.

Zu 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung

Die Mobilfunk-Auktionen (Frequenzversteigerungen) werden unter Leitung der Bundesnetzagentur, einer zum Geschäftsbereich des BMWi gehörenden Behörde durchgeführt. Mit der spektakulären UMTS-Auktion in 2000 wurden 50,8 Mrd EUR aus der ITK-Branche herausgepresst. Umgerechnet auf die gesamte Einwohnerzahl von Deutschland, betragen die UMTS-Lizenzkosten je Einwohner 620 € (zum Vergleich in Spanien 13 € je Einwohner, in Frankreich 28 € je Einwohner). Bei der 2. Mobilfunk-Auktion, die am 20. Mai 2010 beendet wurde, wurde bei der Versteigerung eines doppelt so großen Frequenzpaketes (360 Megahertz) "nur" 4,38 Mrd EUR eingenommen, das sind unter Berücksichtigung der doppelten Frequenzmenge nur 26,7 € Lizenzkosten je Einwohner, oder anders ausgedrückt: Bei der UMTS-Auktion in 2000 wurden für die halbe Frequenzmenge im Vergleich zur Auktion 2010 um 1060% höhere Lizenzkosten ohne Rücksicht auf Verluste durchgesetzt.

Wir klagen an: Die Folgewirkungen der UMTS-Auktion in 2000 waren verheerend und dauern bis heute an. Mit dem Auktionsergebnis wurde ein Viertel des Bundeshaushaltes auf Kosten des innovationsorientierten Mittelstandes der ITK-Branche finanziert. Aus einer blühenden Branche, mit **über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000**, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive (- 4,4 % in 2009), mit der Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 8 Jahren.

Der CeBIT-Niedergang geht nun in das 10. Jahr. Eine Viertel Mrd € Verlustausgleich von den staatlichen Anteilseignern (Steuergelder) in 2009. Die CeBIT (BITKOM-Messe) ist das Spiegelbild einer heruntergewirtschafteten ITK-Branche.

Zu 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen

Mit unseren Congressmessen über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus haben wir einen innovationsorientierten Mittelstand entwickelt, der um die Jahrtausendwende als New Economy oder auch Net Economy bezeichnet wurde. Mit diesem Mittelstand war die deutsche ITK-Branche Weltspitze. Der innovationsorientierte Mittelstand war der Kundenstamm unserer Congressmessen. Die Erschließung der Mittelstandspotenziale für Innovations- und Wirtschafts-Wachstum ist unsere Professionalität.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

war Qualitätsmerkmal unserer in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang. Der Beweis hierfür kann jederzeit mit unserem Congressband-Archiv angetreten werden. Siehe Internet:

> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Wir klagen an: Die UMTS-Auktion 2000 wurde zu einem UMTS-Gau, für den die deutsche Bundesregierung die volle Verantwortung hat. Wir sind Augenzeuge und haben es vor Ort erlebt, wie der innovative Mittelstand, unsere Stammkunden, mit diesem

UMTS-Gau eliminiert wurde. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser mittelstandsverachtenden Politik konnten wir bundesweit abschätzen entsprechend dem Löschaufwand in unserer Adressen-Datenbank. Es ist verständlich, wenn ausländisches Kapital aufgrund schlechter Rendite-Erwartungen den Mobilfunk-Standort Deutschland fluchtartig verlassen hat. Deutsche Banken und insbesondere deutsche Landesbanken folgten hinterher. Die deutschen Netzbetreiber hatten zwar UMTS-Lizenzen, aber kein Kapital mehr, um die UMTS-Netze aufzubauen, sie mußten sparen. Der innovative Mittelstand hatte weder Kapitalgeber noch Auftraggeber, er wurde eliminiert.

Zu 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb

Das ist das Ergebnis einer mittelstandsverachtenden, desaströsen Innovations- und Technologiepolitik der letzten 10 Jahre. Das Innovationswachstum mit zig-Tausenden Hochtechnologie-Arbeitsplätzen ist nach Fernost abgewandert. Bei jeder ITK-Anwendung müssen die abgewanderten Arbeitsplätze im Ausland mitfinanziert werden. Es ist eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit: Wenn der innovative Mittelstand beschädigt ist, dann haben auch Großunternehmen keine Chance, wie z.B. SIEMENS Com (Communications), BENQ Mobile, NOKIA Bochum, INFINEON mit der QIMONDA-Pleite (München/Dresden) u.a. Hier wurden zig Milliarden an Subventionen verbrannt. Ich habe ein paar Statistiken aufbereitet in unserer Homepage, mit denen eine Grobeinschätzung des ITK-Standes Deutschland im internationalen Vergleich leicht möglich ist:

> > > www.euro-online.de

Wir klagen an: Deutsche Forscher und Unternehmer haben im vergangenen Jahrhundert mit Pionierleistungen für IT und TK Meilensteine gesetzt, wie z.B. die Computerpioniere Konrad Zuse und Heinz Nixdorf, Rudolf Hell, Erfinder der Fax- und Scannertechnologie, oder Nobelpreisträger Peter Grünberg, auf dessen nanotechnischen Forschungen Ende des letzten Jahrhunderts die heutige Festplattentechnik basiert. Bitte ersparen Sie mir weitere Aufzählungen. Was deutsche Forscher, deutsche Unternehmer und insbesondere der innovationsorientierte Mittelstand für die ITK-Branche im letzten Jahrhundert geleistet haben, wurde in 10 Jahren unter Federführung des BMWi in einem für

Leistungsträger des deutschen Mittelstandes unerträglichem Maße heruntergewirtschaftet. Heute stehen bereits chinesische Experten aus Shanghai als Entwicklungshelfer in Düsseldorf am Rhein (anstatt umgekehrt), um Kommunikationsnetze weiter zu entwickeln, weil der Hochleistungs-Mittelstand in Deutschland gedeckelt ist, in einem Kompetenzbereich, auf dem Deutschland in den 90er Jahren Weltspitze gewesen ist. Es ist einfach nur frustrierend!

Zu 6. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"

ist die Überschrift eines Briefes, den ich am 22.02.2010 an die Frau Bundeskanzlerin geschrieben habe. Ich habe immer wieder Mitglieder der Bundesregierung angeschrieben und sie darauf hingewiesen, welchen Schaden sie uns und welchen Schaden sie Deutschland zugefügt haben, und habe unsere Mitwirkung angeboten.

Ein Auflistung ausgewählter Briefe der letzten 2 Jahre ist am Ende unseres Briefes an die Frau Bundeskanzlerin enthalten:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Wir klagen an: Es ist verabscheuungswürdige, menschenverachtende Politik, wenn wehrlose Unternehmer und wehrlose Bürger ohne Lobbyisten staatlichen Eingriffen ausgesetzt werden und anschließend wie Nemos behandelt werden, die enteignet werden dürfen, die ausgegrenzt werden dürfen, deren Briefe nicht beantwortet werden müssen, obwohl sie jahrelang eine Weltspitzenleistung erbracht haben.

Zu 7. Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann

Wir fordern mit der Petition nur Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann: Schadenersatz und Anerkennung. Wir wollen unser langjähriges, lebenslanges Know-how in ein Centrum für Innovationseffizienz und Innovationswachstum einbringen. Wir wollen den IT-Gipfel, der vor der Enteignung Bestandteil unserer Congressmessen war, wieder zu einer professionellen Congressmesse entwickeln, um der heruntergewirtschafteten ITK-Branche wieder auf die Beine zu helfen. Mit einem Qualitätsservice für Innovationswachstum und Innovationseffizienz werden wir gedeckelte Mittelstandspotenziale erschließen und zu einem marktgetriebenem Innovationswachstum mit neuen Arbeitsplätzen beitragen.

Wir haben unser Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell!

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Wir bitten um Ihre Unterstützung unserer Petition beim Deutschen Bundestag. Wir bitten um Ihre Hilfe, mit dem Petitionsverfahren zu einer schnellen Entscheidung zu kommen. Für eine Antwort wären wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl